



ASIEN/PAKISTAN - Rimsha: Keine Beweise gegen das christliche Mädchen, muslimische Frauen erklären sich solidarisch

Lahore (Fidesdienst) – Nach weiteren Ermittlungen stellte die pakistanische Polizei fest, dass es keine Beweise gegen das wegen Blasphemie angeklagte und gegen Kautionsfreilassung freigelassene christliche Mädchen, Rimsha Masih, gibt. Dies bestätigt der katholische Anwalt Kahalit Tahir Sindhu dem Fidesdienst. Der Anwalt ist Abgeordneter der Provinz Punjab und Experte für Blasphemie-Fälle. Die Ermittler bestätigen unterdessen die Verantwortlichkeit und die Manipulierung der Fakten seitens des Imam Mohammad Khalid Jadoon Chishiti, der sich derzeit in Haft befindet. Er hatte das Mädchen beschuldigt, Koranseiten verbrannt zu haben.

Zahlreiche muslimische Frauen in Punjab erklärten sich indes solidarisch mit dem christlichen Mädchen. Amna Ulfat, Abgeordnete in der Provinz Punjab, hält Rimsha für unschuldig: „Sie ist minderjährig und Analphabetin“. Mit Bezug auf den Imam, der verurteilt sie „alle, die ein solches Verbrechen begehen und die Justiz für eigene Interessen nutzen“. Ihres Wissens nach respektierten Christen „den Koran ebenso wie die Bibel“.

Naveed Anjum, Vorsitzende der „SAF Foundation for women“ bezeichnet die Festnahme von Rimsha als „unmenschlich“ und fordert, dass „die Schuldigen streng betrafft werden“. Faiza Malik, Abgeordnete und Fraktionsvorsitzende der Pakistan People's Party betont gegenüber dem Fidesdienst: „Niemand darf mit den Gesetzen des Landes spielen. Wenn man einem Mädchen mit einer geistigen Behinderung Schaden zufügt, ist dies eine Schande. Ihre Freilassung und ihr Freispruch sind ein Sieg für die Justiz“.

Tahira Abdullah, Muslima und Menschenrechtsaktivistin, erinnert an die dunklen Seiten der Angelegenheit: „Kein Minderjähriger darf in einem Erwachsenengefängnis inhaftiert und dort drei Monate lang mit gefährlichen Gefangenen festgehalten werden. Was man mit Rimsha getan hat ist illegal. Außerdem sieht das Blasphemie-Gesetz vor, dass Polizeibeamte Ermittlungen bereits vor der Festnahme und der Annahme einer eventuellen Anklage durchführen: auch dies wurde nicht getan“. Die Menschenrechtskämpferinnen fordern: „Rimsha und ihre Familie sollen staatlichen Schutz erhalten, und die im Vorort Mehrabadi lebenden Christen sollen wieder in ihre Wohnungen zurückgeführt werden. Abschließend fordern die muslimischen Frauen, dass der parlamentarische Ausschuss für die Revision des Blasphemiegesetzes die eigene Tätigkeit wieder aufnehmen soll. (PA-FN) (Fidesdienst, 24/09/2012)